



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

14. hét

2019.04.01.

ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarische Innenpolitik – Das Spießrutenlaufen von Gergely Karácsony setzt sich fort: 2018 erwirtschaftete das durch die Stadt betriebene, erst kürzlich eingeführte neue Parkgebührensysteem 793 Millionen Forint an Verlusten, geht aus den Daten des Bürgermeisteramtes von Zugló hervor. Die Vorlage des Stadtbezirksbürgermeisters kalkuliert für 2019 mit weiteren 300 Millionen Forint an Verlusten. Das politische Kontra, welches Gergely Karácsony gab, könnte auf seine Anhänger zurückfallen, nachdem er den um das Parkgebührensysteem in Zugló entstandenen Skandal in der vergangenen Woche nicht klären konnte.
- Wirtschaftspolitik – In der monetären Politik ist kein neuer Zyklus zu erwarten: Seit 2011 hat die Ungarische Nationalbank unter Führung von György Matolcsy zum ersten Mal den Übernachtzins für Handelsbanken angehoben, ohne jedoch eine Entscheidung bezüglich der Korrektur des Leitzinses von 0,9 Prozent vorzunehmen. Der Notenbankpräsident bestritt Analysen, die zuvor von einer restriktiveren Geldpolitik sprachen, indem er klarstellte, dass es sich nicht um einen neuen Zyklus handelt, sondern um eine einmalige und fallweise Entscheidung.
- Außenpolitik, Außenwirtschaft – Wenigstens die Hälfte der Europäischen Volkspartei hat zum Fidesz gehalten: Ausgehend von der neuesten Meinungsumfrage des Nézöpont-Instituts könnte der Fidesz 14 Mandate im Europaparlament gewinnen. Es ist vorstellbar, dass die Europäische Volkspartei (EVP) in ihrer heutigen Form nach dem 26. Mai keinen Bestand haben wird. Deshalb ist verständlich, dass der in der vergangenen Woche gefundene Kompromiss die endgültige Entscheidung über das künftige Verhältnis des Fidesz zur Volkspartei bis zum Wahltermin hinausschiebt.
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – Die Verhaftung von Hassan F. belegt die Gefahren der illegalen Einwanderung: Die Sache des in Budapest in Haft genommenen Hassan F. zeigt, dass jene durch verschiedene politische Institutionen der Europäischen Union vorgeschlagenen Maßnahmen in eine Sackgasse führen, die den Prozess der illegalen Einwanderung als eine positive gesellschaftliche Erscheinung darzustellen versuchen, weil damit die Einwanderung von außerhalb des Kontinents nicht aufgehalten, sondern noch gefördert wird.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DER SPIESSRUTENLAUF VON GERGELY KARÁCSONY SETZT SICH FORT

2018 erwirtschaftete das durch die Stadt betriebene Parkgebührensysteem 793 Millionen Forint an Verlusten, geht aus Daten des Bürgermeisteramtes von Zugló hervor. Die Vorlage des Stadtbezirksbürgermeisters kalkuliert für 2019 mit weiteren 300 Millionen Forint an Verlusten. Das politische Kontra, welches Gergely Karácsony gab, könnte auf seine Anhänger zurückfallen.

Es dürfte die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen der MSZP und der Párbeszéd bestimmen, wie die Parteien mit der politischen Debatte umgehen, die in Verbindung mit dem Parkgebührensysteem in Zugló losgetreten wurde. Gergely Karácsony deutete in einem TV-Interview an, in der Sache des Parkens im Stadtbezirk sei im Hintergrund eine politische Übereinkunft getroffen worden, von der er entweder nichts wusste oder nichts dagegen tat.

Im Zusammenhang mit dieser Erklärung leitete der MSZP-Vorsitzende eine Untersuchung ein. Vor knapp einem Monat hatte sich Gergely Karácsony zuletzt in eine peinliche Lage befördert, als er einen früher durch den Jobbik-Politiker Márton Gyöngyösi im Parlament eingebrachten Vorschlag nicht als antisemitisch betrachten wollte. Für diese Sätze musste Karácsony später wiederholt um Entschuldigung bitten. Solche und ähnliche Fälle untergraben zum einen die Kompetenz des Stadtbezirks-Bürgermeisters, während sie gleichzeitig den Gegenkandidaten der Vorwahl, Róbert Puzsér, sowie den amtierenden Oberbürgermeister István Tarlós im Kommunalwahlkampf in eine günstige Lage bringen.

Die Position von Tarlós stärkt des Weiteren, dass am vergangenen Samstag auch die Übergabe des ersten runderneuerten Abschnitts der U-Bahnlinie M3 erfolgreich vollzogen wurde. Parallel dazu startet am 6. April die Rekonstruktion des südlichen Abschnitts der gleichen Linie. Die Modernisierung der Linie M3 verschleppte sich über Jahrzehnte, wobei die Serie der nun zu erwartenden Maßnahmen die Position des Oberbürgermeisters, der die politisch heikle Angelegenheit erst auf die Tagesordnung setzte, weiter stärken dürfte. Denn die Rekonstruktionsarbeiten liefen nur mit geringer zeitlicher Verzögerung und ohne größere Reibungen ab, nachdem viele im Vorfeld prophezeiten, dass das Projekt scheitern wird. Darüber hinausgehend dürfte auch jene Sache der gesellschaftlichen Beurteilung des amtierenden Oberbürgermeisters dienlich sein, dass er sich der durch den Lärm am Budapester Flughafen Betroffenen annimmt.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

IN DER MONETÄREN POLITIK IST KEIN NEUER ZYKLUS ZU ERWARTEN

Die Ungarische Nationalbank (MNB) hob nach der jüngsten Sitzung ihres Währungsrates die Zinsen auf die Einlagen der Handelsbanken um 0,1 Prozentpunkte an – mit anderen Worten kam es nach sieben Jahren zur ersten Zinserhöhung durch die von György Matolcsy geführte Institution. Viele interpretierten diese Entscheidung als den Beginn eines neuen Zyklus, dabei verfolgt der Notenbankpräsident in Zukunft nicht unbedingt diese Strategie.

Letztmalig hob die Ungarische Nationalbank die Zinsen im Jahre 2011 an, weshalb die vergangene Woche getroffene Entscheidung ein außerordentliches Medieninteresse fand. In der jüngeren Vergangenheit zeigten sich die Erwartungen der meisten Analysten deckungsgleich: Charakteristisch war die Voraussage von Zinserhöhungen durch die Notenbank. Jene, die mit steigenden Leitzinsen rechneten, erklärten diese Erwartungshaltung mit der beschleunigten Dynamik bei den Verbraucherpreisen: Gegen eine Fahrt aufnehmende Inflation – und die von Sondereffekten bereinigte Kerninflation – kann eine restriktivere Geldpolitik eingesetzt werden. Der Leitzins der Notenbank – der 2011 noch bei 7 Prozent stand – befindet sich gegenwärtig auf dem im Mai 2016 erreichten Niveau von 0,9 Prozent; den Leitzins anzuheben wäre die einfachste, zugleich aber auch die radikalste Maßnahme gewesen.

Gegen die Anhebung des Leitzinses lassen sich zahlreiche Argumente ins Feld führen. Erstens dürfte laut Wirtschaftsprognosen das Wachstumstempo des BIP in der Europäischen Union ab 2020 zurückfallen. Die Schritte der Europäischen Zentralbank (EZB) geschehen im Einklang mit einem solchen Szenario: Anfang März erklärte die EZB, den Zyklus der Zinserhöhungen einzustellen und ihre Geldpolitik erneut zu lockern. Das stärkste Argument lautet jedoch, die Harmonie der monetären Politik der MNB zu bewahren, weshalb die aktuelle Zinserhöhung nicht den Anfang für einen neuen Zyklus darstellt. Denn gleichzeitig mit der Anhebung der Übernachtzinsen gab die Notenbank weitere Maßnahmen zur Lockerung der Geldpolitik bekannt, in Form eines Programms zum Kauf von Unternehmensanleihen. Aus diesem Grund handelt es sich um eine fallweise und einmalige Zinserhöhung, wobei die MNB die Ansicht vertritt, ihr Inflationsziel auch ohne einen ernsthaften Charakterwechsel in der Geldpolitik beibehalten zu können.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

MINDESTENS DIE HÄLFTE DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI POSITIONIERTE SICH NEBEN DEM FIDESZ

Realpolitisch betrachtet kam es zwischen der Europäischen Volkspartei und dem Fidesz zu einem Unentschieden in Verbindung mit der aus eigenen Absichten bekundeten Suspendierung der Mitgliedschaft des Fidesz. Ein Großteil des Vorstands der Parteienfamilie, der früher auf 260 Personen geschätzt wurde, bezog in der Frage nicht Stellung; die durch die Parteien getroffene Vereinbarung gilt bis zum Moment der Neuwahl des Europaparlaments.

Hinsichtlich der in der vergangenen Woche bereits vorgestellten Entscheidung lohnt es anzumerken, dass weder der Fidesz noch die EVP-Spitze so in die Verhandlungen gingen, dass über eine eigenständige Suspendierung der Mitgliedschaft des Fidesz abgestimmt wird. Die Kritik der linksliberalen europäischen politischen Elite mag die Übereinkunft in den Augen vieler Menschen als unglaublich erscheinen lassen, dabei ist der wahre Sinn der Entscheidung sonnenklar: Die Parteien warten ab, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse im Ergebnis der Europawahlen gestalten werden. In dem Fall, dass der Fidesz gut bei den ungarischen Wahlen abschneidet und zumindest das 2014 erreichte Ergebnis wiederholt, kann die Partei eine starke Verhandlungsposition einnehmen, die zusammen mit den Abgeordneten der Auslandsungarn durchaus 18 Mandate im neuen Europaparlament erringen könnte.

Ausgehend von den aktuellsten Umfragewerten des Nézópont-Instituts stehen im Kreis der Parteisympathisanten, die sicher zur Wahl gehen werden, Fidesz-KDNP bei 56 Prozent, die Jobbik bei 12, das Linksbündnis MSZP-P bei 11, die DK bei 6 und die LMP bei 5 Prozent. Das aber bedeutet, dass die Regierungsparteien, würden die Wahlen am kommenden Sonntag stattfinden, im Falle einer entsprechenden Effizienz bei der Mobilisierung 14 Mandate im Europaparlament erlangen könnten. Daraus lässt sich ersehen, dass der Fidesz in einer künftigen EVP-Fraktion mit geschätzten 180 Abgeordneten nahezu zehn Prozent der Mandate direkt bestimmen würde, ganz zu schweigen von den Parteien, die ein enges Bündnis mit dem Fidesz eingegangen sind. Das aber könnte von strategischer Bedeutung für den Spitzenkandidaten Manfred Weber sein.

Unterdessen strebt Manfred Weber auf der Grundlage einzelner von ihm geäußelter Vorschläge danach, den linken politischen Flügel der Europäischen Volkspartei noch näher an den Europäischen

Sozialdemokraten auszurichten: Seine Vorschläge zum Thema der Rechtsstaatlichkeit sind deshalb in erster Linie darauf gerichtet, seine Position im Wettstreit um die Position des Präsidenten der Europäischen Kommission zu stärken, richten sich also weniger an die EVP-Mitglieder. Die Prognosen besagen nämlich, dass die heutige Große Koalition keine Mehrheit erlangen kann, weshalb die Volkspartei wegen der Ablehnung durch die politischen Gruppierungen rechts von ihr hauptsächlich die Unterstützung durch linke, grüne und liberale Kräfte sucht.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DAS ERGREIFEN VON HASSAN F. BESTÄTIGT DIE GEFAHREN DER ILLEGALEN EINWANDERUNG

Der am 22. März durch die Antiterrorzentrale (TEK) aufgegriffene syrische Staatsbürger Hassan F. versuchte zuvor, im Transit über den internationalen Flughafen von Budapest weiterzureisen. Der Mann verließ Syrien noch 2016 und reichte später in Griechenland einen Asylantrag ein, den die Behörden positiv beschieden. Der Syrer gelangte unter Verwendung der in Griechenland ausgestellten Reisedokumente zum internationalen Flughafen „Ferenc Liszt“ in Budapest. Er reiste mit den besagten – ordnungsgemäß ausgestellten – Dokumenten und hatte vor seinem Eintreffen in Ungarn den zur Verfügung stehenden Informationen zufolge bereits mehrere andere Länder in Europa aufgesucht. Der Syrer, der Mitglied der Terrororganisation des Islamischen Staates war, wurde noch am 30. Dezember 2018 am Flughafen „Ferenc Liszt“ kontrolliert. Weil der 27-Jährige dabei seine eigene und die Identität der mit ihm reisenden Frau mit gefälschten Dokumenten zu belegen versuchte, verurteilte ihn ein Gericht zu einer auf Bewährung ausgesetzten Gefängnisstrafe wegen Menschen schmuggels und anderen Straftaten und wies ihn für drei Jahre außer Landes. Solche Fälle zeigen, dass die Kontrolle der unterschiedlichen Kanäle der illegalen Einwanderung eine Aufgabe mit Priorität im Rahmen der nationalen Sicherheit sein muss.

DAS BRITISCHE UNTERHAUS BEHANDELTE ZUM DRITTEN MAL DIE VON MAY AUSGEHANDELTE AUSTRITTSVEREINBARUNG

Mit 58 Stimmen ist die von Theresa May im vorigen November ausgehandelte Austrittsvereinbarung auch zum dritten Mal gescheitert, nachdem das britische Unterhaus mit 344 Gegenstimmen bei nur 286 Ja-Stimmen den Brexit erneut nicht unterstützen wollte. Allerdings fehlten bei der ersten

Abstimmung am 15. Januar noch 230 Stimmen, am 12. März noch 149 Stimmen für die Annahme der Vorlage. Wenngleich der Kreis der Anhänger von May im Unterhaus systematisch zunimmt, ist die konservative Politikerin mit der aktuellen Abstimmungsniederlage ihrem Sturz so nahe wie nie zuvor. Ausgehend von den ursprünglichen Plänen erhält Großbritannien nun erst einmal bis zum 12. April Aufschub, um den ungeordneten Austritt aus der Europäischen Union noch abzuwenden. Die zweite Option besteht darin, den Zeitpunkt des Austritts hinauszuschieben, was zugleich bedeuten würde, dass die Briten im Mai an den Europawahlen teilnehmen müssten. Die Prolongierung müsste aber außerdem von den 27 EU-Mitgliedstaaten geschlossen gebilligt werden. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, hat für den 10. April einen außerordentlichen EU-Gipfel einberufen. Die Position von Theresa May ist instabil, doch könnte sich die Zahl der Brexit-Szenarien im Laufe der kommenden Woche noch verändern.

PROGNOSE

- **Am Freitag, dem 5. April wird der Fidesz sein Programm für den Europawahlkampf präsentieren; damit beginnt auch offiziell der Wahlkampf für die Wahlen zum Europaparlament 2019. Unter den Rednern werden Ministerpräsident Viktor Orbán, der Minister für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Péter Szijjártó, der gegenwärtige Justizminister und Spitzenkandidat der Europaliste des Fidesz, László Trócsányi, sowie der Abgeordnete des Europaparlaments, József Szájer, sein.**

Abgesehen von der Kritik an der gegenwärtigen politischen Führung in Brüssel dürften die Bewahrung der zwischenstaatlichen Kooperationsformen sowie ein Schutz der Familien auf europäischer Ebene jene Eckpunkte sein, auf denen das Programm und der Wahlkampf aufbauen werden. Die Unterstützung für den durch die größere Regierungspartei angeregten Aktionsplan zum Schutz der Familien weist weit über den Kreis der heutigen Sympathisanten von Fidesz-KDNP hinaus. Obendrein hat das effiziente Auftreten gegen die illegale Einwanderung die konservativen politischen Kräfte in eine günstige Lage gebracht, um ihr im Übrigen schon herausragend gutes Abschneiden von 2014 in diesem Mai weiter zu verbessern.